

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktagen. Abonnementssatz mit Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 1. bis 6. April 45 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgesparte Zeitung über Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 80.

Donnerstag, 3. April 1924.

31. Jahrgang.

An alle Deutschen von Ehre und Gewissen!

Proletarier!

In Deutschland gibt es kein Recht mehr. Arbeiter, Republikaner werden wegen kleinsten Vergehen ihr halbes Leben im Zuchthaus vergraben. Monarchisten bekommen für den ungeheuerlichsten Hochverrat, der unser Land an den Rand des Abgrundes geführt und Dutzende Menschenleben gekostet hat, eine lustige Festungshaft von einigen Wochen oder werden ganz freigesprochen.

Deutschland ist zum Gespött der ganzen Welt geworden. Die gegenwärtige Regierung ist gegen dieses Unrecht ohnmächtig.

Sie besteht aus geheimen Monarchisten und offenen Freunden des rücksichtlichsten Großkapitals.

Nieder mit der Münchener Justizschande!

Sozialisten!

Den ist, daß die Verurteilten die Voraussetzungen für die Bewährungsfrist irgendwie erfüllen. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Sache Ludendorff einen Sonderfall darstellt. Der Freispruch des Generals läßt sich nur bei Anerkennung eines solchen Sonderfalles einigermaßen verstehen. Der Freispruch wird von aller Welt als dem Heerführer Ludendorff geltend angelebt. Dem Politiker Ludendorff gereicht der Freispruch, wie alle Dinge, die er in der Politik unternommen hat, nicht zum Ruhme.

SPD. München, 2. April 1924.

Die Verurteilten Hitler, Kriebel und Weber wurden zur Verbüßung ihrer Strafe bereits in die Festung Landsberg überführt. Sehner befindet sich infolge seiner Erkrankung noch auf freiem Fuß.

Landsberg ist bekanntlich der bayrische Aufenthalt für „feudale“ Verbrecher, wo u. a. Graf Leo, der Eisermörder ein Leben führte, um das ihn mancher Prolet bneiden konnte, sehr im Gefangen zu Niederschönenfeld, wo Toller, Müller und ähnliche „Halunken“ in der widerwärtigsten Weise isoliert werden.

Kahr, Lossow und Sehner bleiben unbefleckt.

München, 2. April

Die Italienzeit der Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Sehner, gegen die bekanntlich seit einigen Wochen ein Verfahren wegen Hochverrats schwelt, hat in weiteren Kreisen großes Aufsehen erregt, da es zunächst unverständlich erscheint, daß drei eines so schweren Vergehens bezichtigte Personen mit Einverständnis der Ermittlungsbehörde die Auslandsreise anzutreten in der Lage sind. Inzwischen werden über den Gang der Ermittlungen Einzelheiten bekannt, die darauf hindeuten, daß das Verfahren in kurzer Zeit zur Einstellung gelangen wird. Die Staatsanwaltschaft erhebt in dem Verhalten der drei Herren keine strafbare Handlung, was ja auch aus der Tatlage hervorgeht, daß in der Begründung des Urteils gegen Hitler und Genossen an der Stelle, die sich mit der rechtlichen Würdigung des Verhaltens des Generals Ludendorff befaßt, ausdrücklich gesagt wird, General Ludendorff habe sich weder des Hochverrats, noch der Beihilfe schuldig gemacht, da er sich nicht Hitlers hochverratene Vergehen angeschlossen, sondern geneigt war, auf die Verhältnisse Ahrs, Lossows und Sehners einzugehen, die eine Umstellung der Regierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung anstreben. Wie verlautet, ist die Vernehmung der drei Kronzeugen aus dem Hitler-Prozeß durch die Staatsanwaltschaft bereits abgeschlossen, und es werden nur noch wenige Zeugen gehört werden, die zum Teil sogar in Berlin kommissarisch vernommen werden sollen.

Lossow geht nach Angora?

Im Zusammenhang damit erhält sich in Kreisen, die General v. Lossow nahestehen, hartnäckig das Gerücht, daß der General nicht nach Bayern zurückkehren werde, sondern daß er sich der türkischen Armee verpflichtet habe. General v. Lossow, der bekanntlich ein genauer Kenner des Balkans ist, unterhielt bis in die neuere Zeit Beziehungen zur türkischen Regierung, und aus dem Prozeß dürfte noch erinnerlich sein, daß der General bereits im Oktober vorigen Jahres durch seinen bekanntgewordenen „Angora-Artikel“, der durch die Pressestelle des Generalstaatskommisariats weitesten Kreisen zugänglich gemacht worden ist, sich für die Übertragung der türkischen Politik auf Bayern stark eingesetzt.

*

Von zuständiger Stelle erfahren wir: Die Meldung eines Berliner Blattes, daß Kahr und Sehner nicht mehr auf ihre Posten zurückkehren werden, entspricht nicht den Tatsachen. Von einer Berufung des früheren Polizeipräsidiums Marx an Stelle des früheren Generalstaatskommisariats v. Kahr durch einen Beschluß des Gesamtministeriums kann keine Rede sein. Ein solcher Beschluß ist nicht erfolgt. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, Oberstleutnant Forstner sei das Amt Sehners übertragen worden. Forstner ist nur für die Zeit der Beurlaubung des Kommandanten Sehner als dienstältester Offizier der Stellvertreter Sehners.

Beschränkte Aufgabe der Militärkontrolle.

Ein deutscher Vorschlag. — Vertrauen zum Völkerbund.

Der deutsche Botschafter in Paris hat dem Präsidenten der Botschafterkonferenz am Dienstag nachmittag die Antwort auf die Note über die Tätigkeit der Militärkontrollkommission vom 8. März 1921 übermittelt. Die Note erkennt an, daß die Botschafterkonferenz sich in ihrem letzten Schreiben von dem Willen zur Verständigung leiten ließ und würdig den Gedanken einer gemeinsamen Anstrengung, um aus der Saalgasse herauszukommen. Sie beschäftigt sich in ihrem wesentlichen Teil mit der Auslegung einzelner Teile des Schreibens der Botschafterkonferenz in Zusammenhang mit den in Frage kommenden Paragraphen des Versailler Vertrages und schlägt schließlich vor, die Durchführung der beschränkten Aufgabe der Militärkontrolle von vornherein in die Hände eines Organs zu legen, das der Beschränkung seiner Aufgabe auch durch Beschränkung seines Personalbestandes Rechnung trägt und dessen Zusammensetzung Gewähr dafür bietet, daß

Das Volk muß aufwachen!

Erscheint deshalb in Massen zur heutigen Protestkundgebung im Gewerkschaftshaus.

Sozialdemokratische Partei. Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund. Deutsche Friedensgesellschaft.

Der Zusammenbruch des deutschen Rechts.

Die Wirkung im Ausland.

Wie aus Paris gemeldet wird, findet das Urteil im Hitler-Prozeß in der Presse eingehende Besprechung. Eine große Anzahl Blätter machen die deutsche Regierung direkt für dieses Urteil verantwortlich und kontrastieren Zusammenhänge zwischen der Entscheidung des Münchener Volksgerichts und den leichten Reden des Außenministers Stresemann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei. Stresemann, der für die Politik des Reiches verantwortlich sei, schreibt der „Aktion“, habe dieses handelose Urteil vorbereitet und gewollt. Offiziell werde die Auslehnung gegen den Friedensvertrag zu einer nationalen Blödheit erhoben.

Das heutige Deutschland sei das Deutschland Stresemann-Ludendorffs.

Zahlreiche Blätter versuchen die Aufmerksamkeit Englands auf das Münchener Urteil hinzu lenken. Die Linkspresse sieht vielsach Vergleiche zwischen dem Freispruch Ludendorffs und der Verhaftung des Professors Quidde in München. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ glaubt allerdings, daß

auch die französische Politik

an dem Anschwellen der nationalistischen Flut in Deutschland Anteil hat.

Man könne nicht umhin, daran zu denken, daß der „Nationalen Block“ mit den Münchener Monarchisten geslliert und sie dazu ermutigt habe, aus ihrem Lande die Brutstätte zu machen, von der aus die aldeutschen Gewalttätigkeiten sich über das ganze übrige Deutschland verbreitet haben, und dies um so leichter, als die Ruhrkuppel noch weiter zur Verstärkung des Hasses befragt habe. Wo eine Politik zu derartigen Resultaten führt, sei sie gerichtet. „Libre Parole“ schreibt, der Prozeß habe einen Vorteil gehabt, nämlich den, den

Bruch zwischen dem katholischen Bayern und dem protestantischen Preußen

noch zu stärken und auf diese Weise die Trennung zwischen den verschiedenen „Elementen der Revanche“ in Deutschland zu verschärfen.

Der „Temps“, der dem Münchener Urteil einen Leitartikel widmet, kommt zu dem Schluss, der Freispruch sei von der Erwähnung diktatorisch, daß Ludendorff die höchste Verkörperung des deutschen Nationalgedankens sei. Das Blatt will eine Bestätigung dieser Auffassung in den Ausführungen finden, die Stresemann am Sonntag über den Münchener Prozeß und die militärischen Geheimorganisationen in Deutschland gemacht habe. Sein Kommentar sagt das Blatt, würde die Wirkung der Stresemann-Rede abschwächen, jede Polemik einen unnötigen Zeitverlust darstellen.

Es gäbe daran nur eine Antwort: die unverzügliche Wiederaufnahme der militärischen Überwachung Deutschlands.

Auch in

England

ist man über den neuen Art der deutschen Justizhande entsezt und erwartet. Die Presse bezeichnet das Urteil im Hitler-Prozeß als

eine Farce. „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel, die Hochruhe der Münchener Menge bei der Verkündung des Urteils könnten Deutschland teuer zu stehen kommen. „Morning Post“ führt aus, in ganz Deutschland vermehrten sich die Anzeichen, daß die reaktionären Kräfte große Fortschritte machen. Es würde für die Alliierten äußerst schwer werden, irgendwelche vernünftige Regelung mit Deutschland zu erzielen.

Bayerischer Rattenhammer.

München, 2. April.

Die Münchener Morgenblätter nehmen eingehend zu dem Urteil im Hitler-Prozeß Stellung. Die „Augsburger Wendezitung“ findet nach ausführlicher Würdigung der rechtlichen Seite das Urteil gerecht.

Der „Bayerische Kurier“ ist der Auffassung, daß das Urteil der bisherigen Prozeßführung durchaus angemessen sei und sagt: Ein Prozeß, in dem alle Rollen vertauscht waren, der von der Gerichtsverhandlung oft nur den Namen trug und dessen Verlauf in weiten Volkstreichen oft nur die furchtbare Auffassung erwachte, als ob es zweiterlei Recht gebe, konnte nicht anders beendet werden als durch das verkündete Urteil.

Das Urteil des Volksgerichts ist ein Fehlurteil, dessen Rückwirkungen auf das Ansehen der bayerischen Justiz unabsehbar sind. Das Blatt übersteht den Artikel: „Justizkatastrophe“.

Die „Allgemeine Zeitung“ vertreibt die Ansicht, daß das Urteil ein politisches sei. Das frischprechende Urteil sei psychologisch betrachtet, eine härtere Strafe, als wenn Ludendorff mit den anderen Helden des Putschs zu 5 Jahren Festung verurteilt worden wäre, denn

Schlimmer als könne einem Mann von dem Unheil Ludendorffs nicht zugesetzt werden, als daß er wie ein jahrrangbedürftiger Charakter und wie ein greisenhaft gewordener Mann behandelt werde.

Hinsichtlich der politischen Auswirkung im Ausland und auch vom innerpolitischen Standpunkt aus sei das Urteil nicht ungünstig; denn es nehme unfeindliche Feinden wie der gläubigen Menge der Hitler-Derehrer einen Wind aus den Segeln für den Wahlkampf, der flotte Fahrt versprochen hätte.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ stellen zusammenfassend fest: Die Männer vom November 1923 haben für sich nicht den tatsächlichen Erfolg. Was sie erstrebt, war unzweckmäßig und voreilig. Ob in München oder an der Nordgrenze Bayerns, ihr Versuch wäre immer totzulaufen, weil er weder die außenpolitische noch die innenpolitische Lage richtig in Rechnung stelle. Sie verkannten die nationalen Notwendigkeiten trotz achtlosen Wollens, und so mußte das Gesetz über sie herr werden.

München, 2. April.

„Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt zum Volksgerichtsurteil im Hitler-Prozeß u. a.: Man muß zu dem Schluss kommen, daß hier ein Urteil gefällt worden ist, das dem Rechtempfinden in keiner Weise gerecht wird, weil die Straftat und das Objekt der Straftat einerseits und das Strafmäß andererseits in keinerlei Verhältnis zueinander stehen. Das Gericht hat von dem Recht, Bewährungsfristen zu gewähren, in sehr reichlichem Umfang Gebrauch gemacht. Es hat mit diesem Mittel die Strafen beinahe praktisch aufgehoben, obwohl keinerlei Gewähr gege-

sich die Militärkontrolle in ihrer letzten Phase in einer Atmosphäre ruhiger Verhandlungen abspielt. Zum Schlus der Note heißt es wörtlich:

„Die deutsche Regierung macht den in der Botschaftskonferenz vertretenen alliierten und assoziierten Mächten den Gegenvorschlag, daß sie sich zwecks Herbeiführung derselben Untersuchungshandlungen, die sie im Interesse ihrer Verhügung über den deutschen Rüstungsstand für nötig halten, an den Rat des Völkerbundes wenden, wobei sie zur Erwagung stellt, ob es sich nicht zur Vermeidung des etwaigen gleichzeitigen Funktionierens zweier verschieden reüssierender Kontrollorgane empfehlen möchte, auch das — bereits erwähnte — reduzierte Organ zur Vereinigung dem Rat des Völkerbundes zu unterstellen. Sache des Völkerbundes wird es dann sein, zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Spezialuntersuchung gemäß Artikel 213 gegeben sind. Die Deutsche Regierung ist sich darüber klar, daß die Erweiterung des Kreises derjenigen Mächte, die in die deutschen Verhältnisse Einblick nehmen können, in der Theorie nicht ausschließlich erwünschte Perspektiven eröffnet. Sie hat aber zum Völkerbund das Vertrauen, daß er in der Lage sein wird, diese Bedenken in der Praxis zu paralyseren. Der Völkerbund wird insbesondere die etwa nach Deutschland zu entsendende Untersuchungskommission so zusammenfassen, daß sie nach Bedeutung und geistiger Einstellung ihrer Mitglieder nicht als im Interesse einzelner Mächte, sondern nur als im gesamteuropäischen Interesse handelnd erscheinen kann. Er wird auch in der Lage sein, durch gleichzeitige Einleitung einer tatsächlichen und allgemeinen Abrüstungsaktion die breite Offenheitlichkeit davon zu überzeugen, daß die etwa für notwendig gehaltenen Untersuchungshandlungen nicht der dauernden Aufrechterhaltung des jetzigen Missverhältnisses zwischen dem deutschen Rüstungsstande und denjenigen seiner Nachbarn, sondern der ehrlichen und endgültigen Befriedung Europas dienen.“

*
Der Inhalt der Note ist außergewöhnlich durch seine zurückhaltende Form, besonders aber durch die Feststellung, daß die deutsche Regierung zu dem Völkerbund Vertrauen hat. Damit hat sich die Reichsregierung endlich bemüht, eine Feststellung zu machen, die längst angebracht war, die immerhin aber auch jetzt noch dem Widerhall der deutschen Note im Ausland, mindestens in England, nur dienlich sein kann.

Der bayrische Erlöser.

Der ehemalige Generalstaatsdratkommissar v. Kahr soll mit seinen Komplizen, dem Polizeipräsidenten Seisser und General a. Lösch, bekanntlich nach Italien zur Erholungskur abgereist sein. Tatsache ist, daß alle drei München mit Saar und Bad verlassen haben. Nur mehr dementiert aber die amtliche italienische Agentur, daß Kahr, Lösch und Seisser die Abfahrt hätten, nach Italien zu kommen. Es fragt sich also, wo stecken die „Erlöser Deutschlands“, wohin haben sie sich aus Angst vor den Hitlergardeien versteckt? Ihre stillschweigende Abreise von München und die Tatsache, daß sie nicht einmal ihren Aufenthaltsort bekanntgegeben haben, zweifellos, um vor den Hitlergardeien sicher zu sein, kennzeichnet erneut den „Mut“ der Herrschäften, die es sich zur Aufgabe gestellt hatten, Deutschland vom Margravium zu erlösen.

Der nächste Krieg

Nationalisten und Kommunisten gaukeln dem Volke vor: Nur in einem Siegreichen Kriege liegt für Deutschland das Heil der Zukunft. Wie der nächste Krieg aussehen wird, darüber schrieb vor kurzem der englische General Jon Hamilton an den deutschen Friedensfreund Freiherr v. Schoenau:

„Im nächsten Kriege werden die Flugzeuge wie Geier über den europäischen Großstädten kreisen. Zivilisten machen sich keinen Begriff von der Bedeutung moderner Bomben. Ich, als Kenner des Krieges, spreche daher für Frieden und guten Willen zwischen den Völkern. Wenn wir nicht auf der Hut sind, werden der Kontinent und England von einem Unglück heimgesucht werden, das unmöglich schrecklicher ist als das japanische Erdbeben.“

Verkäufliches Volk! Weiße Nationalisten und Kommunisten, die ein solches gräßliches Unglück herbeiführen wollen.

Die englische Arbeiteregierung gegen Geheimdiplomatie. Regierungserklärung im Unterhaus.

London, 1. April.

Bei der Einbringung der zweiten Lektion der Bill, betreffend den Friedensvertrag mit der Türkei, erläuterte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Ponsonby das Herzstücklich, die Bill anzunehmen, um eine Ratifizierung ohne weitere Verzögerung zu ermöglichen. Er sagte, die Regierung wünsche die baldige Erneuerung normaler Beziehungen zur Türkei, und teilte mit, Macdonald werde zu Ende der Debatte sprechen. Es sei jetzt langsam die erklärte Politik der Arbeiterpartei gewesen, daß die Kontrolle des Parlaments über den Abschluß internationaler Verträge gefestigt werde und daß das Heute genugende Gelegenheit erhalten, solche Bestimmungen vor der endgültigen Ratifizierung zu erörtern. Es sei die Absicht der Regierung, jeden Vertrag nach der Unterzeichnung für einen Zeitraum von 21 Tagen auf den Tisch beider Häuser zu legen, nach deren Verlauf der Vertrag ratifiziert und veröffentlicht werden würde. Im Falle wichtiger Verträge würde die Regierung sie dem Haus zur Erörterung unterbreiten. Da die Regierung jedoch nicht die Entscheidung darüber übernehmen könne, was für wichtig oder unwichtig angesehen werden könne, so werde, falls die Erörterung von der Opposition oder irgend einer anderen Partei formal gefordert werde, Zeit zur Erörterung gewährt werden. Dadurch würden

Geheimverträge und geheime Klauseln unmöglich gemacht werden. (Beifall.) Es erscheine der Regierung notwendig, daß die Urkunden in ihrer endgültigen Gestalt in allen Fällen dem Parlament unterbreitet würden. Es gebe allerdings internationale Verträge sehr technischen Charakters, die keiner Ratifizierung bedürfen. Die Regierung müsse, das das Parlament die Zustimmung über Abkommen, Verpflichtungen und Vereinbarungen ausübe, durch die die Nation unter gewissen Umständen gebunden wurde könnte und die internationale Verpflichtungen erfüllen

Eisenbahnerstreik in Süddeutschland.

Die Streikbewegung unserer Eisenbahner greift weiter um sich und ist von Stuttgart und Mannheim auch nach Nürnberg, Magdeburg und Hamburg übergesprungen. In Hamburg haben die Stations-, Güterbahnhofs- und Streckenarbeiter am Dienstag beschlossen, nur acht Stunden zu arbeiten und nach achtfünfzig Arbeitsstunden die Arbeitsstätte zu verlassen. Die Bewegung der Eisenbahner arbeitet sowohl die Erringung höherer Löhne als die Wiederherstellung des achtfünfzig Arbeitsstages zum Ziel. Am Dienstag haben darüber im Reichsverkehrsministerium Verhandlungen stattgefunden. In der Arbeitszeitfrage ist man sich schon soweit entgegengekommen, daß man hier zu einer raschen Einigung zu kommen hofft. Eine weit größere Differenz besteht bei der Lohnregelung. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer hat dem Reichsverkehrsminister am Dienstag abend einen leichten Vorschlag über die Erhöhung der Löhne unterbreitet.

Gesetzlicher Achtstundentag im Saargebiet.

Saarbrücken, 2. April.

Der Präsident der Regierungskommission, Neustadt, hat eine Abordnung der freien Gewerkschaften des Saargebietes zugesagt, die grundlegende Anerkennung des Achtstundentages gesetzlich festlegen zu wollen. Er hat sich auch dem Plan der freien Gewerkschaften auf Schaffung einer Arbeitskammer angeschlossen. Diese Arbeitskammer soll die Beschlüsse der Internationalen Arbeitsorganisation beraten und durcharbeiten. Zugleich versprach Rauch die schärfste Bekämpfung der unverhältnismäßig hohen Teuerung im Saargebiet.

Arbeitsbeginn der Golddiskontbank.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab einem Mitarbeiter des „Deutschen Handelsdienstes“ Auskunft über einige Fragen, die den Arbeitsbeginn der Golddiskontbank betreffen. Hier nach wird das Institut seine Tätigkeit bereits im Laufe der nächsten Woche aufnehmen. Es ist nicht beabsichtigt, für die Golddiskontbank einen besonderen großen Apparat aufzuziehen. Sie wird auch räumlich im Gebäude der Reichsbank in Berlin untergebracht sein und organisatorisch als eine Filialeabteilung der Reichsbank funktionieren. Für das Beleihungsgeschäft stehen die in Aussicht genommenen Beträäge, vor allem das Eigenkapital der Bank, sofort zur Verfügung. Bei der Auswahl der Kreditnehmer wird vor allem darauf zu achten sein, daß das Institut in exister Linie gegründet wurde, um die Produktion der deutschen Wirtschaft zu fördern. Konsumptivkredite kommen kaum in Betracht. Die bisher in der Offenheit angedeuteten Mutmaßungen über den voransichtlichen Zinsfall sind größtenteils unzutreffend. Voraussichtlich werden die Kredite bei der Bank selbst mit 10 Prozent zu verzinsen sein, so daß der letzte Kreditnehmer nicht mehr als 12 Prozent zu zahlen hätte. In erster Linie werden jedenfalls diejenigen Industrien berücksichtigt finden, die ausländische Rohmaterialien usw. für den Export weiterverarbeiten, da in diesem Falle das Hereinholen neuer Devisen und damit auch die Rückzahlung der Kredite am meisten gesichert erscheint. Es ist zu hoffen, daß der sofortige Arbeitsbeginn der Bank günstig auf den inländischen Devisenverkehr zurückwirkt und einen großen Teil der Wirtschaft die beruhigende Gewissheit geben wird, daß er die benötigten Einfuhrkredite jederzeit befüllen kann. Hierdurch dürfte die jetzt infolge der schärfsten Reparations eingetretenen ängstliche Nervosität bald beseitigt werden. Dr. Schacht schribt übrigens in absehbarer Zeit nicht nach Paris zurück, da die dortigen Beratungen zunächst abgeschlossen sind.

Der unbewaffnete „Stahlhelm“.

Ein Arbeiter erstochen. — „Wir sind schwer bewaffnet!“

Hannover, 2. April. In der Provinz Hannover gebärdet sich der „Stahlhelm“ immer dreister. Wiederholt hat er die Bereiterbeiterbevölkerung in Barsinghausen in herausfordernder Weise belästigt. Zu einem neuen schweren Zusammenstoß kam es am Montagabend in Grasdorf bei Hannover anlässlich der Gründung eines Ortsvereins des „Stahlhelm“, wozu mehrere Hunderttausend zusammengeströmt waren. Ein Arbeiter erstochen. — „Wir sind schwer bewaffnet!“

Zogen waren. Schon auf dem Wege nach G. wurde geprahlt, „Heute abend lädt die Noten kommen, wir sind schwer bewaffnet!“ „Heute kommt es anders!“ Tatsächlich waren die Stahlhelmlinge mit untergeholt Degen, Guzminknüppeln und Revolvern ausgerüstet und suchten eine Schlägerei herbeizuführen. Arbeiter, die die Versammlung besuchen wollten und aus ihrer gegnerischen Gesinnung kein Hehl machten, wurden am Saaleinang überfallen. Dabei wurde der 17jährige Arbeiter Willi Schulz mit einem Degen durch den Hals gestochen. Seiner schweren Verletzung ist er am Dienstagmorgen erlegen. Außerdem gab es zahlreiche Verletzungen.

Die Kreatur der Hohenzollern.

Gerade recht zum Bismarcktag, an dem die Monarchen Bismarck mit besonderem Nachdruck für sich reklamieren, bringt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ Aufzeichnungen des früheren österreichisch-ungarischen Außenministers Grafen Ottokar Czernin aus der tschechischen Zeitschrift „Unsere Revolution“. Czernin sprach Wilhelm II. in Donaueschingen beim Fürsten Fürstenberg, 1906.

„Nach dem Essen des ersten Tages“, so erzählt Czernin, „begann Kaiser Wilhelm in einer Salonecke ein politisches Gespräch, welches fast eine Stunde dauerte und worin er mir unter anderem die Entlassung Bismarcks folgendermaßen erzählte: Er, der Kaiser, sei schon als Prinz im Auswärtigen Amt angelebt gewesen; zu dieser Zeit sei Bismarck stets sehr liebenswürdig und entgegenkommend gewesen, „damals dachte er noch, ich würde eine Kreatur von ihm werden“; als er Kaiser geworden, habe er sofort die Unmöglichkeit des Zusammenarbeitens mit Bismarck erkannt. Der Kanzler habe „keinen Sinn“ für das Volk gehabt, seine ganze Politik habe darin bestanden, „schießen zu lassen“ usw. usw. Der endgültige Bruch sei dann auch über eine soziale Frage erseilt; welche, verschwieg er. Der Kaiser und Bismarck hätten bestürzte Auseinandersetzungen darüber gehabt, in deren Verlauf Bismarck dem Kaiser gesagt hätte: „Mit solchen verrückten Ideen kommt man nicht durchs Leben“ — auf meinen Einwurf, dies sei wohl nur der Sinn gewesen und nicht wörtlich gesagt, erwiderte der Kaiser: „Der, der hat mir noch ganz andere Sachen gesagt.“ Schließlich habe der Kaiser, der noch jung, die Sache nicht habe selbstständig entscheiden wollen, den Ministerrat einberufen: „Erst (erzählte der Kaiser) trug ich meine Ansicht vor, dann Bismarck, nun ließ ich abstimmen, da hat doch der alte Kerl nur so einen Blick über die anderen geworfen, und alle haben sie gegen mich gestimmt, da habe ich mir gesagt: „Der Alte muß fliegen und die anderen auch!“ Nach dem angenommenen Entlassungsgesuch — dem eine furchtbare Szene vorgegangen sei — wäre allerdings „eine schreckliche Zeit gekommen“. Die ganze Welt wäre für Bismarck und gegen ihn, den Kaiser, gewesen, nur Kaiser Franz Joseph und der König von Sachsen hätten ihn ermutigt, speziell Kaiser Franz Joseph hätte ihm geschrieben, „er schei vollkommen ein, daß mit Bismarck nicht zu regieren sei“ — die ganze übrige Welt aber sei entsetzt gewesen. „Da sind“, fuhr der Kaiser fort, „die Leute gelauft gekommen und haben gesammelt: Mein Gott, bedenkt doch Majestät, Fürst Bismarck! entlassen! das ist doch unmöglich!“ worauf ich erwiderte: „Was ist denn weiter dran, es gibt doch viele Fürsten im Reich — übrigens hat ihm doch mein Großvater erst dazu gemacht — er ist doch unsere Kreatur!“

In das Manege-Schauspiel „Bismarck“, das jetzt in Hamburg die deutsch-nationalen Parteitagsstatisten begeisterte, würde das freilich schlecht passen!

Kritische Lage am Devisenmarkt.

Seit Wochen hat sich die Lage auf dem Devisenmarkt so verschärft, daß die Reichsbank größte Mühe hat, auf die Hauptvaluten 1 Prozent zu verteilen. Die Situation ist sehr bedenklich und erinnert an die Juli- und Augustkalamitäten im vorigen Jahre unter der Regierung Cuno.

Von interessierter Seite wird die vermehrte Einfuhr für die Verschärfung verantwortlich gemacht. Allerdings hat der Import von auswärtis und auch der Kauf von sogenannten Luxuswaren mit der Aenderung unserer Geldverhältnisse zugenommen. Jedoch läßt sich dadurch kaum die Anspannung des Devisenmarktes erklären. Deshalb gehen wir wohl nicht fehl, wenn wir die Hauptursache der gegenwärtigen kritischen Lage in den Stoden unseres Exports sehen. Der Ausfuhrhandel kann das große Hemmnis, das überschreite Preisniveau, eben nicht überwinden. Also schafft es an den nötigen Exportdevisen, an Material, um genügend zu verteilen. Die Komplikationen am Devisenmarkt, die nebenbei gesagt stark preissteigernd wirken müssen, sind also eine Folge der Preispolitik, die sich Konzerne und Unternehmer leisten. Dazu kommen Konzertanmeldungen, d. h. solche Anmeldungen, für die ein Bedarf (und sehr wahrscheinlich auch die Bedeckung) nicht vorhanden ist. Dafür spricht die beängstigend steigende Nachfrage. Die Reichsbank hat ja die Sünden am Volkswohl (Seeligmann u. Comp., Commerz- und Privatbank usw.) so rücksichtsvoll behandelt, daß der Konzertzeichner die „Strafen“ der Bank nicht fürchtet.

Eine Entlastung der Devisenlage wird vereinzelt von den Arbeitsbeginn der Golddiskontbank erwartet, die nächste Woche ihrer Tätigkeit aufnehmen und ihre effektiven Kredite zu 10 Prozent gewähren wird. Sodass sie sehr wahrscheinlich mit 12 Prozent in lege Hand kommen. Nach dem Statut der Bank kann es sich nur um Produktionskredite, wohl meist zum Einlaufe von Rohmaterial für Exportindustrien bestimmt, handeln. Konsumtionskredite sind ausgeschlossen.

Curzons Schwiegersohn bei der Arbeiterpartei. Das unabkömmlige Parlamentsmitglied Oswald Noske, der Schwiegersohn Curzons, der früher einen Sitzen als Koalitions-Kommunist eingenommen, hat ein Macdonald einen Brief gerichtet, in dem er die Aufnahme als formelles Mitglied in die Arbeiterpartei erachtet, mit deren Politik und Idealen er sich in warmer Lebhaftigkeit muna befindet.

Städtetag und Erwerbslosen- fürsorge.

Der Deutsche Städtetag hat am 10. März dem Reichstag und Reichsrat Anträge unterbreitet, die von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften entschieden bekämpft werden müssen, weil sie darauf abzielen, die Selbstverwaltung im öffentlichen Arbeitsnachweis und damit auch in der Erwerbslosenfürsorge zu erschlagen. Der öffentliche Nachweis untersteht noch dem Gesetz der Verwaltung eines aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildeten Ausschusses. Die fachliche und dienstliche Aufsicht wird durch Landesämter ausgeübt. Das sind Kreisbehörden, die das Gebiet eines Landes, in Preußen einer Provinz, umfassen und gleichfalls durch Vertretungen der Arbeiter, Unternehmer und Bevölkerung verwaltet werden. Tatsache ist Arbeitsnachweis und Landesämter nur mit Fragen der Arbeitsvermittlung befasst, bestand kaum ein Streit über diese Organisationsform. Das änderte sich, als mit Einführung der Beitragspflicht im Herbst 1923 die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge örtlich den öffentlichen Arbeitsnachweisen und bezüglich den Arbeitsamtämtern übertragen wurde. Sofort legte ein Kesseltreiben gegen die Selbstverwaltung der Beitragsträger ein. Voran ging das Preußische Wohlfahrtsministerium, das nach Einführung der Beitragspflicht die Überwachung der Erwerbslosenfürsorge weiterhin dem Regierungspräsidenten übertrug, um damit die Landesämter und ihre Selbstverwaltung lähmen zu können. Das Recht hierzu leitete das Wohlfahrtsministerium aus der Tatsache, dass die Länder erhebliche Auschüsse für die Erwerbslosen leisten mussten. So entstand in Preußen ein Streit zwischen den Organen der Landesbehörde und der Selbstverwaltung, unter dem heute die Erwerbslosenfürsorge sehr leidet.

In diesen Streit mischt sich nun der Deutsche Städtetag mit einem Antrag ein, der die völlige Beleidigung der Landesämter sowie ihren paritätischen Ausschüssen verlangt. Um den Antrag schmackhafter zu machen, wird „Spannung und Abbau“ vorgehoben. Die Eingabe ist daher auch an den Reichspartnernmissar gerichtet, in der Hoffnung, bei diesem besonderes Verständnis zu finden. Der Städtetag will die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge allein den Magistraten überlassen. Er sagt dieses zwar nicht klar heraus, sondern redet immer nur von einer Reform der Organisation der Arbeitsvermittlung und verkündigt schamhaft, dass damit zugleich die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge getroffen wäre.

Was will der Städtetag? Der Vorstand der Gemeinde soll frei werden von der unbedeutenen Aufsicht der Landesämter, die man wiederum „elastisch“ gestalten will. Die obersten Landesbehörden sollen bestimmen, welche staatliche Verwaltungsbehörde künftig die allgemeine Kommunalaufsicht über die öffentlichen Arbeitsnachweise ausübt. In der Begründung der Anträge wird versichert, man denke natürlich nicht an eine Beschränkung der Rechte der örtlichen Verwaltungsausübung. In eingemeindeten Kreisen lacht man über diesen Witz, denn jeder weiß, dass, wenn erst die Aufsicht der Selbstverwaltungskreis, der Landesämter, gefasst ist, der örtlichen Selbstverwaltung sehr schnell das Genick abgedreht ist. Die städtischen und gemeindlichen Beamten sind wie alle anderen Bürokraten. Sie hassen die Macht und die Wirkung oder gar Selbstverwaltung der Wirtschaftsstände, denn diese könnten Lust in die Aktenstuben tragen.

Aber es handelt sich um mehr. Die Einheitlichkeit der Erwerbslosenfürsorge ist in größter Gefahr. In der Inflationszeit im vergangenen Herbst mussten den Arbeitern und Unternehmern Beiträge auferlegt werden, weil die öffentlichen Mittel versagten. Damals war es ein Unding, die eingehenden Beiträge zentral zu sammeln und weiter zu verteilen, weil die einlaufenden Summen von der Geldentwertung aufgezehrten werden würden. Die Beitragsregelung erfolgte dementsprechend nach dem Bedarf des einzelnen Arbeitsnachweiszugs. So werden heute die Beiträge selbstständig in tausenden von Bezirken geregelt, wobei die Beiträge allerdings an einen Höchstwert, 3 v. H. des Lohnes, gebunden sind. Die Beitragsbelastung kommt es nach Umlauf der Arbeitslosigkeit verschieden. Der gutestellte Bezirk zahlt geringe Beiträge, der schlechteste die höchsten. Vernünftig wäre eine gleichmäßige Risikoverteilung auf alle Berufe und Bezirke. Die stabile Rentenmark würde das technisch auch ermöglichen. Neurings lässt die neue Verordnung auch Beitragsgemeinschaften für den Bezirk eines jeden Landesamtes zu.

Dem Städtetag fällt die Einheitlichkeit nicht. Eine zentrale Beitragsfestsetzung bedingt zentrale Verwaltung der verfügbaren Mittel, bedingt weiter Kontrolle der einzelnen Gemeinden hinsichtlich der Verwendung der Mittel. Von dieser Kontrolle wollen die Magistrate frei werden, sie möchten, wie vorher mit den Staatsmitteln, jetzt mit den Beiträgen der Arbeitnehmer und Unternehmer selbstständig wirtschaften. Lieber verschla-

gen sie die notwendige Einheitlichkeit der Erwerbslosenfürsorge und die solidarische Tragung der Lasten. Weil der Städtetag die Notwendigkeit eines gewissen Lastenausgleiches nicht leugnen kann, aber an der Kontrolle durch das Landesamt vorbeikommen möchte, schlägt er vor, die örtlichen Nachweise zu einem losen Verband zusammenzufassen. Jede etwas größere Stadt würde dann mit den benachbarten kleineren Orten einen Verwaltungsverband bilden. Wir hätten dann glücklich Verbands in einem Kreis, der der Verwaltungssünde aufgestellt und jeder müsste für sich seine Erwerbslosenfürsorge jurodi. Damit wäre die Idee einer umfassenden ausglegenden Solidarität erreicht, ebenso die Möglichkeit, von wirtschaftlich günstigen Brüderpunkten aus die Erwerbslosenfürsorge durchzuführen.

Die Anträge des Städteages vom 10. März sind zwecklos diktiert von behördlichem Eigennutz und bürokratischer Einsichtsleistung in die Probleme der Erwerbslosenhilfe — und sie dienen der Vernichtung der Selbstverwaltung. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften müssen den Vorstoß mit aller Entschiedenheit abwehren, um allen einer einzüglichen Kreislauforganisation der Erwerbslosenfürsorge die sich aufzubauen muss auf einer starken Selbstverwaltung der Kreise, die wiederum durch Beiträge die Kosten tragen.

Einigkeit gegenüber der Taktik soll hergestellt, nur durch familiären Bezug und die Verdrehung von Tatsachen gelang. Neben der Selbstverlängerung, die Stresemann in Hannover auf sich nehmen muss, was er gleichzeitig erwirkt, den Geldzweck seiner Partei, d. h. hauptsächlich den Inflationsgewinnern aus dem Rückgrat des Zugeständnisses zu machen, dass die Volkspartei unter den alten Rahmen Schwarz-Weiß-Rot kämpfe und das deutsche Volksschlachten erlaube. Neben dieser Hoffnung aber bleibt das Ziel der Gewerkschaft und Hüttendirektoren in der Volkspartei, Herrn Stresemann bald los zu werden. Vielleicht stirbt er in der Tat bald trok aller Selbstverlängerung oder gar wegen ihr.

Sie „Gesellschaft“.

Am Verlasse von T. S. N. Dick Nacht ist soeben die erste Nummer der „Gesellschaft“ erschienen, der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift, die vom Genossen Dr. Rudolf Hilferding herausgegeben wird. Man kann von dieser Neuerhebung wirklich sagen, dass sie eine in weitesten Kreisen schwer empfundene Lücke ausfüllt und dass sie dazu freien ist, zu dem Wiederzuhau des wissenschaftlichen Sozialismus und der politischen Wissenschaft überhaupt beizutragen, wie während des Krieges und der Nachkriegszeit so schwer Not gelitten haben. Die erste Nummer bringt eine inhaltlich-theoretische Erweiterung des Herausgebers mit den Problemen der Zeit. Der Auftakt entwirft zugleich das Program der neuen Zeitschrift in verhältnissloser Weise. Geistige Karl Kautsky begrüßt das Erreichen des neuen wissenschaftlichen Organs durch einen Urgeten Russak, der einen wertvollen Beitrag zur Parteipolitik leistet, da in ihm die Geschichte der bisherigen wissenschaftlichen Zeitschriften der Partei dargestellt ist. Über das Werk der englischen Arbeitspartei schreibt M. R. Brailsford-London. Emile Vandervelde wendet sich gegen das Unrecht der Arbeitseinküche. Hermann Müller tritt in einem Artikel über den französischen Nationalsozialismus auf, der sich vor allem an die enklusive Arbeitseinküche wendet, für die Herstellung eines wirklichen Pöllerbundes ein. Über Politik in Schweizer Weise, die zu teillichen Vorstellen mit deutscher Verhältnisse reiche Gelegenheit bietet. Der Hamburger Professor Mendelssohn-Bartholdy beschreibt sich, von den Erfahrungen des Kriegs ausdrucks ausgeworfen, mit Problemen des Völkerrechts. Gustav Radbruch sieht eine „Siedlung der deutschen Reichsverfassung“ über Lübeck. Bodenverbesserung und Siedlung schreibt der preußische Ministerpräsident Otto Braun. Mit Aussicht und Kritik der Gewerkschaftswegsatz hilfsfertig ist der bekannte Gewerkschaft für gewerbliche Probleme Richard Seidel. Eine reichhaltige Rückblende lädt sich dieser stellvertretenden Artikelreihe an.

Die neue Zeitschrift verspricht viel und hält viel. Ihr erstes Heft ist außerordentlich vielseitig und interessant nach dem Grundsatz redigiert. Wer vieles hörte, wird jedoch etwas hören. Vielleicht sollte der Herausgeber aber doch überlegen, ob nicht die Zeitschrift in die großen sozial-theoretischen Probleme unserer Zeit für eine wissenschaftliche Zeitschrift der Partei die österreichische Aufgabe ist. Er selbst hat in seinem einleitenden Aufsatz wertvolles dazu beigetragen. Man darf wünschen und hoffen, dass die dort von ihm erörterten Probleme im Sinne einer gründlichen „Selbstverständigung“ gründliche und vielseitige Be- spruchung erhalten werden.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber; für Freiheit Lübeck und Neukloster Hermann Bauer; für Industrie Friedrich Landorn. Verleger: Friedrich Landorn. — Druck von Friedrich Mener & Co.

Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ mit der achteckigen illustrierten Kupfersiedruckbeilage „Volk und Zeit“ bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____

(Preis siehe am Kopf der Zeitung.)

Die letzte Grüntwätersbach.

Roman von Oswald Bergener.

86. Fortsetzung.

Ja, fast kam ihr selber ein heikes Tröpfchen der Nahrung und Beweitung in die Augen über dieses unverhoffte Wiedersehen ihrer trefflichen kleinen Freunde aus des Oheims gesunden Tagen, die offenbar, ähnlich wie sie selbst, von der Tante Mattheine in die Fremde geschickt worden waren.

Doch räte das Freudenhalo der Teufel genügt, ihr Gescheinen im Hause anzunehmen! Hinter den Alpenweihern und Fischern am offenen, niedrigen Fenster des Jägers knorrige lange Gestalt, mit der Brille vorne auf der Nasenspitze — er hatte wohl im Jagdbuch geschrieben oder im Kalender gelesen — und mit der kurzen, dampfenden Tabaksfeife zwischen den Zähnen.

Kaum wurde er mit seinen grauen Lachsaugen ihrer anfängig, so geriet er in Lachen und Bewegung nicht minder wie die Teufel.

Schon erschien er, ohne Brille und Pfeife, auf der Schwelle. Der Worte machte er nicht viel. Er nahm ihre plötzliche Anwesenheit als einfache Tatsache und hatte nichts anderes im Sinne wie nur das, wo er ihr in seiner christlichen Herzensfreude wohl Augenches und Erquickliches darbieten könnte.

Als er sie in seine Staatsstube geführt und mit seiner gebrüderlichen, kleinen Lebensgenossen bekannt gemacht hatte, die sich neben ihm wie ein Wacholderbusch nebst einem Eibenbaum ausnahmen, und als das alte Jägerweiblein flugs in die Küh gezielt war, um einen trefflichen Gierluchen für den Gast zu bilden und vom roten Tiroler zur Kuh herbeizuholen, befand sich Wiltrud mit dem alten, treuen Jagdwächter des verstorbenen Oberjägermeisters ein gutes Weilchen allein und sagte ihm kurz und herzhaft, klar und mutvoll, woher und warum sie reden.

Und als die behagliche Mittagsrast in der schlichten, herzmärmenden Gastlichkeit dieser alten Leute vorüber war, wanderte Wiltrud an der Seite des Jägers, als ihres treuen Führers und Beihüters, ins Hochgebirge hinauf.

Die Jagdhütte des verstorbenen herzoglichen Oberjägermeisters Freizeit von Grüntwätersbach grüßte den nach jahrelangem Aufstieg zur Rast eintretenden Flüglitz mit einem wunderbaren Spruch. Am Pfeilengehoge, das das Blockhaus im engen Gehirn umgitterte, erhob sich neben der Pforte ein Denkmal; selbiger trug eine weißgeschnittenen Holztafel, und auf

dieser stand in trauriger gotischer Schrift, offenbar vom nächsten Heimatländer mit Liebe nach eigener Nachzeichnung gemalt:

Leicht stülpt den Lohren und Waisen
Sein Fuß hält ins fengante Eisen,
Leicht wütt sein Gewebe zertrüben
von hohen solztötigen Schüßen.
Gott, ich dür die Leben halt über.
Gott, Warדר, da eischt halt fortüber.

Mit blühenden Wangen und heißen Augen stand Wiltrud in der Pforte und schaute zu dem Sotülein hinauf.
„s'icht nüd so ängstlich“, sagte Jäger, „s'icht halt nur vom Herrn Baron hingesezt gegen Gindel nächst, als sie ihm des Hüttli einmal erbroche habe. Er het an dem Sprach und an dem Maier sein Sprach gehabt.“

So trat ihr der Weit des toten Oheim's hier oben in der großartigen Wildwandschaft der Marienberg Alm mit Horn und Schäfte entgegen. Es kläng ihr wie ein halb drohender, halb schwarzverheißender Gruss von ihm:

„Was willst du hier? Doch sei willkommen!“

Der Jäger schritt die Stufen zu der schweren eisernen Tür hinauf. Ein wuchtiges Schloss hing davor. Er schloß es auf und öffnete die eiserne und darauf die innere Holztür.

Wiltrud trat ein.
Wie merkwürdig — hier in der westfernen Freiheit fühlte sie sich unverweilt zu Hause, als wäre sie schon unzählige Male hier gewesen, und kannte doch die Hütte nur aus der letzten, lebendigen Schilderung, die ihr der Jäger damals bei der Totenfeier in Tansbrück gegeben hatte.

Nun saß sie, noch mit ihrem ganzen Wanderrüstzeug, auf einem hölzernen Bauernstuhl am festen Eichenstuhl und hielt Umschau zwischen den engen vier Wänden mit ihren Gemgschören und Hirshgeweihen, Jagdbildern, Gewehrschrank, großem behaglichem Bett mit warmen Wolldecken, Wandstühlen und Holzbank, Geschirrnett und kleinem Eisenlochhof.

Der Jäger hatte die Läden aufgestoßen und ein Fenster geöffnet. Wadluft und Höhenglanz strömten herein.

„Wie schön ist es hier! Hier möchte ich einmal hausen wie mein Oheim“, sagte sie. „Ob man hier wohl einige Tage wohnen könnte?“

Der Jäger schaute mit einem verwunderten Lachen herüber. Doch nahm er's nach seiner Art wiederum ohne Wora und Aber und antwortete:

„Was der Mensch will, das geht. Wenn's dem Frausein Baroness nüd zu einsam ist, für Speis und Trank für's schon jorze.“

Er schritt auf eine beträchtliche Klappe im Fußboden zu und hob sie in die Höhe. Wiltrud sprang auf und guckte in einen kleinen Keller Raum hinunter.

„Der Wein issht noch vom Herrn Baron, und die guten Löffelächen und die Kaffeebohnen, der Zucker und der Rum“, erläuterte der Jäger beiläufig. „Bro und Butter und Käse habt ihr aus da, wenn i halt das Revier begieb' und hier einfehrt. Ein Stück Fleisch und was das Fräulein Baroness sonst hesselt, schaff' i leicht herbei. Und schid' auch von der Hochalm den Seppl und die Monika mit ein bißli Milch herüber. 's geht schon — wenn man's will.“

Wiltrud wandte sich ab und begann an dem großen Bett Hut und Mantel abzulegen — den Rückack hatte ihr der Jäger getragen.

Und dabei lachte sie:

„Und Sie teilen niemandem mit, dass ich hier bin? Es soll eine Überraschung werden.“

„Nüd ein Sierbenschwätzlein.“

„So will ich für ein paar Tage hier bleiben.“

„Geli, und auf die Gamsjagd gehn?“ neckte der Jäger, „wie der Herr Baron?“

„O nein!“ lachte sie fröhlich auf.

Er machte sich nun an den kleinen Eisenofen, seuerre ihn mit dem vorhandenen trocknen Brennholz tüchtig an, holte einen Kessel voll Wasser drauf aus der Quelle und begann einen tüchtigen Kaffee zu brauen.

Tamit begann ein Nachmittag friedvollen Zeitvertreibs in der frischluften Sonneninsamkeit der Alm.

Das Blockhaus war von einer Gruppe Holzer Riesenfichten überwacht. Unter ihnen Zweigen lud eine aus Brett und Pfählen zusammengelegte Bank und ein ebenfalls wetterfester Tisch zum Träumen ein.

Der Jäger war in die Matte hineingewandert und in dem düstren Fichtenwald, der sie einsäumte, verschwunden. Er stieg zur Hochalm hinüber, um seine doritägen kleinen Freunde Seppl und Monika für die Milch- und Butterlieferung aus der Sennerei ihrer Mutter für kleinen Schäflein zu verpflichten.

Wiltrud verbrachte die einlamer Stunden auf dem wölflichen Alpenplätzchen unter den Fichten. Unter der feierlichen Wacht der riesigen silbergrauen Felsenhäuser, die über den ansteigenden Matten sich stroff in das ewige Blau erhoben, hielt sie mit sich Abrechnung.

„Kun hast du,“ sprach sie am Schluss, „die Ketten zerprengt, dein Unrecht auf eine große Erbschaft verschert, und die freie, leuchtende, unendliche Welt in das Nichts geworfen. Fern auf dieser Wahn schreitet ein einziner, alternder, hörigenheimer, aliner Mann. Das ist dein Vater. Den stärkt du nach mit der Schrift: nach deiner toten Mutter. Und hinter ihm träumt dir die Herrlichkeiten einer großen Kunst und willst die flügeligen Talente recken in dem grenzenlosen blauen Himmel der Phantasie — und träumt von Liebe.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Zeit

ist gekommen, sich mit neuer Frühjahrs-Kleidung zu versorgen.

Unsere wohlfelle

Frühjahrs-Woche

die

Qualitätswaren für wenig Geld

bringt, bietet eine sehr günstige Kaufgelegenheit!



Herren-Anzüge

aus guten Donegalstoffen

44- 36- 29⁰⁰

Herren-Anzüge

verschiedene Farben, gestreift, in sehr guter Ausführung

69- 54- 42⁰⁰

Herren-Anzüge

blau Melton und Ja. Kammgarn 1- u. 2re hig, ausprobiert gute Qual.

89- 75- 59⁰⁰

Herren-Sport-Anzüge

mit kurzer oder langer Hose

69- 58- 48⁰⁰

Herren-Anzüge

Gabardine, letzte Frühjahrsneuheiten

115- 98- 79⁰⁰

Herren-Sportpaletots

aus guten Covercoatstoffen

72- 59- 48⁰⁰

Herr-Frühjahrsmäntel

mittelgrau und modefarbig Hosenstoff, mod. Form, gute Verarb.

74- 68- 56⁰⁰

H.-Gabardine-Mäntel

reinwoll. Qualität, letzte Neuheiten

98- 89- 78⁰⁰

Herren-Paletots

marengo, auf gutem Wollserge gefüttert

82- 69- 58⁰⁰

Windjacken

impräg. Stoffe, mod. lange Formen

26- 19⁷⁵ 15⁸⁵

Herren-Hosen

gestreifte Kammgarnstoffe, in bester Verarbeitung

5⁹⁰ 7⁵⁰ 9⁷⁵ 12⁵⁰ 7⁹⁰ 9⁸⁵ 12⁵⁰

Herren-Sport-Hosen

aus guten Donegal- u. Cord-Stoffen

Jünglings-Anzüge
frische Formen und gute haltbare Stoffe

39- 28-

21⁰⁰

Leder-Bekleidung

für Auto und Sport
in größter Auswahl

Knaben-Anzüge

besonders preiswert

22⁰⁰ 17⁵⁰

12⁵⁰

Holstenhaus

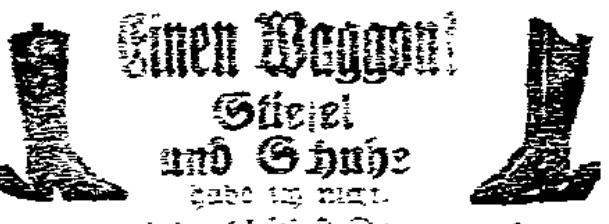
Eß- und Bällig-Kartoffeln

Da. Eßg. Kartoffeln,
Bälligens Juli,
Industrie,
Raisterkrone,
Opto-Date

empfehl. frischfrei und vom Sandboden

Wilhelm Sürke,

Schwartauer Allee 46 a. Telefon 8822.



Mein Weggefährte feind! Damens. u. Gentlemen.
Schnell. Seilgange u. lange Stiefel 40-47.
Viele Arznei-Schuhstiel 40-47. Wöden, Schuhe, Turnschuhe, in allen Größen, schwarz u. braun, Lederhausschuhe für D. und S. 36-48. Sandalen, Leders. u. Filzpantoffeln, 25-37, billig und gut.

0. Größer, Schuh-Spezial-Geschäft,
Schusterstraße 17.

Die Dame macht Reklame
Sie ist die Beine,
Sie kann neue Schuhe müssen ja,
Dann ist sie du läuf und fein.

? Bist du glücklich?

Unser April-Angebot!

Aussteuer-Artikel

Hemdstrich, 82 cm breit, für Damenmäuse geeignet	Mtr. 79 ⁵⁰
Pikee für Radfahrer 84 cm, gemustert, höhere Ware	Mtr. 128
Körper - Barefoot für Herren, Hemden, weiß, blau, gefl.	Mtr. 90 ⁵⁰
Linen für Bettbezüge, 140 cm, prima Qual.	Mtr. 225
Streifsatini für Bettbezüge, 140 cm breit, Ja. Ware	Mtr. 250
Zehen für Bettbezüge, 140 und 160 cm breit	Mtr. 265

Strumpfwaren

Dam.-Strümpfe, starke bzw. Quer. verarbeitet, in schw. u. braun Baar	78 ⁵⁰
Dam.-Strümpfe, Ja. Ware, mit Doppelstich und Hochferse Baar	145
Seldengriff-Damen-Strümpfe, Doppel. u. Hoch., i. all. Farb. P	165
Herren-Socken, verl. Spike und Setie, gute Qualität	Baar 58 ⁵⁰
Herren-Mako-Socken in allen Farben	Baar 110
Reinw. Herren-Socken, regulär gefl. Qual.	Baar 160

Konkurrenzlos billig!

Niedrig-
Preisen Herren-Normal-

hemden, doppelknopf 1⁹⁵

Herren-Normal-Hemden, Ja. Quer. Doppelknopf, molligemächt	295
Herren-Normal-Hemden, moll. gemächt, or. m. Quer.	295
Herren-Einz.-Hemden, Ware mit, mit einem Knochenstrich	295
Männer-Hemden, extra groß weiß, 5 cm, geflekt.	295
Körper-Hemden, Militärreisen, 100 cm lang	425
Schlesier-Hemden, ohne Qualität	425

Norddeutscher Textilvertrieb G.m.b.H. Lübeck
Königstraße 30 (beim Katharinenum) / Steinstraße 8c. Gern

Annahmen gestattet

Nachdem ich zur Rechtsanwaltschaft beim Amts- und Landgericht Lübeck und Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg zugelassen bin, habe ich mich in Lübeck als

Rechtsanwalt

niedergelassen.

Mein Geschäftsräum befindet sich

Breite Straße 44¹.
(Bureau Dres. Geißler & Söhne) Tel. 8515.

Lübeck, den 1. April 1924.

Dr. jur. Rich. Niemann
178
Rechtsanwalt.

Wir zeigen ergebenst an, daß unsere frühere Sozietät aufgelöst ist und daß lediglich noch Bureau gemeinschaft zwischen uns besteht.

Lübeck, den 1. April 1924.

Dr. Geißler. Dr. Jahn.

Pa. dän. Blasenschmalz 75⁴

In ganzen Blasen 0.73
Pa. Landmettwurst 1.80
Vollfetter Steppenkäse, alter, pik. 1.30
Vollfetter Schweizer 1.30
Salzgurken 0.70 und 0.60

W. Beckmann, Beckergasse 33.

Treistaat Lübeck.

Donnerstag, 3. April.

Was ist Lohn?

Ein amerikanisches Arbeiterblatt erläutert den Begriff Lohn durch folgende Geschichte: Ein Mann verirrte sich mit seinem Hund in einer wüsten Gegend. Bald waren sie ohne jede Nahrung. Der Hund war für den Mann ein gutes und nützliches Tier, das ihm schon viele Vorteile gebracht hatte. Und jetzt in der Wildnis war er ihm ein Schutz vor Gefahren. Aus allen diesen Gründen konnte sich der Mann nicht entschließen, den Hund zu töten, um sein Leben zu erhalten. Endlich aber, als der Hunger immer stärker wurde, entschloss er sich dem Hund den Schwanz abzuhauen. Die Knochen von dem Schwanz gab er dem Hund der dadurch ebenfalls vor dem Hungertode gerettet wurde. Diese Knochen sind mit dem zu vergleichen, was der Unternehmer in der kapitalistischen Gesellschaft dem Arbeiter an Lohn gibt. Der Unternehmer würde ohne die Arbeit des Arbeiters verhungern! Der Arbeiter ist an den Unternehmer gefesselt, weil dieser im Besitz der Produktionsmittel ist. Er muss dem Kapitalisten also seine Arbeit lassen. Der nimmt davon das Fett und Fleisch, wirft die abgenagten Knochen dem Arbeiter hin und nennt das Lohn! Willst du, dass diese Zustände beendet werden und eine sozial gerechte Welt erschaffen wird, so werde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und werbe für sie, bis wir die Macht haben, diese unsozialen Zustände zu ändern.

Neuregelung der Wertzuwachssteuer.

Die Opfer der Inflation werden ergänzt durch die Wertzuwachssteuer. Die schematische Gegenüberstellung Markt gleich Markt zwang die Gemeinden sehr früh, die Sätze der Steuer radikal umzugestalten, da von dem inneren Sinn der Steuer als eine Besteuerung eines Wertzuwachses trog der ziffernmässigen Steigerung des Marktwertes beim Verkauf von Grundstücken überhaupt keine Rede mehr sein konnte. Die Gemeinden wurden durch gesetzliche Bestimmungen verpflichtet, bei der Gegenüberstellung von Erwerbspreis und Veräußerungspreis die innere Kaufkraft der Mark zu berücksichtigen. Infolgedessen fiel bei fast allen Grundstückserkäufen, bei denen der Erwerb in die Vorriegszeit fiel — und diese bildeten in den letzten Jahren die grosse Masse des Grundstücksverkaufs — ein Wertzuwachs fort.

Inzwischen hat sich aber das Bild vollständig verändert. Es mehren sich auf dem Grundstücksmarkt die Fälle, das Erwerber, die in der Inflationszeit zu einem ungemein niedrigen Kaufpreise südlichen Grundbesitz an sich gebracht haben (gewöhnlich Ausländer oder Spekulanten) diese Grundstücke jetzt mit einem relativ sehr bedeutenden Gewinn weiterverkaufen. Infolge der Rückkehr zu festen Währungsverhältnissen und der steigenden Miete, die zwar keine eigentliche Rentabilität des Haushaltssatzes bringt, aber doch wenigstens keine Erholung gestatten, fangen auch die Grundstücksspreise wieder an zu steigen. Im Durchschnitt beträgt der Preis für bebaute Grundstücke rund 10 Proz. des Friedenswertes, während sie in der Blütezeit der Inflation oft für 1—2 Proz. des Friedensgoldwertes zu haben waren. Mit vollem Recht kann deshalb auf diejenigen Kreise, die in der höheren Not der Inflationszeit für wenige Dollars oft ganze Häuserblocks an sich gebracht haben, jetzt der Begriff unverdienten Wertzuwachses angewandt werden. So unterbreitet z. B. der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur Neuregelung der Wertzuwachssteuer.

Die neue Ordnung soll lediglich die Fälle treffen, in denen der Beträger das Grundstück erst nach dem 31. Dezember 1919 erworben hat. Dem Erwerbspreis sollen bei der Berechnung der Steuer nur die mit dem Erwerb verbunden gewesenen Kosten zugerechnet werden, sowie diejenigen Aufwendungen für Bauten, Umbauten und sonstige dauernde Verbesserungen, die nicht der laufenden Unterhaltung dienen und aus den laufenden Mieteinnahmen bestritten wurden. Die Steuer soll 30 v. H. des Wertzuwachses betragen. Für sie haftet, wie bisher, der Beträger. Die Berliner Neuregelung wird zweifellos bei ihrer grundsätzlichen Bedeutung zu lebhaften politischen Auseinandersetzungen führen, ist aber u. E. durchaus gerechtfertigt und zur Nachahmung geeignet.

Reichstagswahl. Das Statistische Landesamt berichtet: Für die am 4. Mai bevorstehende Reichstagswahl ist zum Verbandswahleiter für den 4. Wahlkreisverband Pommern-Mecklenburg, zu dem auch Lübeck gehört, der Landrat von Harrack in Stettin und zu dessen Vertreter der Regierungsrat von Wigandt in Stettin ernannt worden. Kreiswahleiter des 35. Wahlkreises, der beide Mecklenburg und Lübeck umfasst, ist der Landgerichtsrat Wilhelm Schmidt zu Schwerin, dessen Stellvertreter der Landesverwaltungsgerichtsrat Georg Klien zu Schwerin.

Ausbau der Ausstellung von Lebendigkeiten. Der große Erfolg der Ausstellung gab Anlass zur weiteren Bedienung derselben und zwang die Ausstellungsbeteiligung, eine Umordnung vorzunehmen, die ein bedeutend übersichtlicheres Bild zur Folge hat. Wegen des großen Andrangs an den Sonntagen empfiehlt es sich, die Ausstellung nach Möglichkeit an den Wochentagen zu besuchen. Wie die Gewerbeleiter uns mitteilt, kann leider mit einer Verlängerung der Ausstellung über Sonntag, den 6. April, hinaus nicht gerechnet werden.

Eine neue Reederei in Lübeck. Nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen hat die in Berlin neu gegründete Ost-West-Reederei Aktiengesellschaft „Owra“ (Direktoren: Johs. Fr. J. Möller-Lübeck und Dr. A. Roth-Berlin) Lübeck zum Heimathafen für ihre Schiffe gewählt. Die Dampfer der Reederei sollen zunächst in der Ost- und Nordsee-Frachtschiff-Bewegung finden, wobei jedoch Lübeck in möglichst weitem Umfang berücksichtigt werden soll, sodass in absehbarer Zeit auch mit der Aufnahme eines weiteren regelmäßigen Verkehrs zwischen Lübeck und den Ostseeländern zu rechnen ist. Die Reederei hat von der Hamburg-Amerika-Linie die beiden Doppelschrauben-Turbinendampfer „Düsseldorff“ und „Duisburg“ von je 1192 Brutto-Register-Tons Raumgehalt, sowie den Doppelschrauben-Dampfer „Koblenz“ von 939 Brutto-Register-Tons Raumgehalt erworben. Außerdem hat die Reederei zwei Motorsegler im Bau, die in der Kleinstschiffahrt zwischen Lübeck und Skandinavien beschäftigt werden sollen. In Aussicht genommen ist ferner der Neubau mehrerer Dampfer, bis zu deren Fertigstellung die Reederei Zeitschiff-Dampfer verwenden wird.

Stadttheater. Fräulein Lubia Senderowna von der Staatsoper Berlin, die türkisch mit grossem Erfolge bei Presse und Publikum in Wagners Siegfried als Edda gästete, wurde von der Intendance für das nächste Jahr als erste Altistin verpflichtet.

Die Deutschen Straßenbahnen.

Blöde Heze der Aufbauparteien. — Besserung des Verkehrs. — Tariffragen.

Die leichte Veränderung der wirtschaftlichen Lage kommt auch in den Straßenbahngesellschaften zum Ausdruck. Mit Lübeck verfügen dies in der am Dienstag eingetretenen 40prozentigen Verkehrsverbesserung. Im Jahre 1923 votierte ein Unternehmen nach dem andern genötigt, seinen Betrieb einzustellen. Nicht nur in Mittelstädten, auch in Großstädten räumen die Straßenbahnen zum Erleichtern. Die Schwierigkeiten, die den Unternehmen aus der Inflation erwachsen, gaben den politischen Gegnern gemeindlicher Wirtschaftsförderung erwünschte Bereitstellung, in der übelsten Weise gegen Gemeindebetriebe zu hegen. Siehe den wütenden Schreibebrief des Gewaltigsten aller Volksparteier, des Rechtsgelehrten Ewers an die Betriebsbehörde, mit dem sich Ewers bis auf die Knochen blamierte. Auch wurde mit den Schwierigkeiten angeblich unfähiger städtischer Leitungen der Kampf um die Beteiligung des privaten Kapitals an den Unternehmen begründet. Jetzt ist die Initiation, die Hauptgefahrquelle für diese Betriebe, beseitigt, und aus allen Städten kommen Nachrichten, dass die Straßenbahnen wieder in Betrieb genommen werden. Die „Verkehrssechzehn“ veröffentlicht in jeder Nummer solche Mitteilungen. So wurde der Straßenbahnbetrieb in Osna brück am 16. Februar, in Remscheid am 15. März, in Pforzheim am 4. Februar, in Heidelberg am 23. Januar wieder aufgenommen. In Plauen i. V. wird der Betrieb in diesen Tagen wieder eröffnet. In zahllosen anderen Mittelstädten steht die Errichtung in absehbarer Zeit bevor.

Die vollkommene Veränderung der Wirtschaftslage zeigt sich auch in der jetzt überall feststellenden Rentabilität der Verkehrsunternehmungen. Als typisches Beispiel kann man die Berliner Straßenbahnen bezeichnen. Im Herbst vergangenen Jahres kam sie zum Erliegen und konnte nur in befristetem Umfang aufrechterhalten werden. Jetzt erweitert sich ihr Verkehr von Tag zu Tag, und noch im Laufe des Sommers kann damit gerechnet werden, dass der volle Friedensverkehr wieder erreicht ist. Wichtiger aber noch ist die zunehmende innere Rentabilität, die in der Ausschaffung und Durchführung eines großzügigen Erneuerungsplanes zum Ausdruck kommt. Trotzdem die Bahn unter städtischer Regie in den Nachkriegsjahren in hervorragendem Maße technische Verbesserungen vorgenommen hat, ist jetzt doch beobachtigt, für das laufende Jahr nicht weniger als 70 Gleiskilometer zu erneuern, 200 Triebwagen und 200 Beiwagen neu zu beschaffen. Die großen unter der städtischen Regie 1921 beschafften Reparaturwerkstätten sind im vollen Umfang wieder in Betrieb genommen. Alle diese Erneuerungsarbeiten tragen den Charakter nicht laufender Erneuerungen, sondern echter Substanzverbesserungen und werden trotzdem ohne Kredit aus laufenden Einnahmen bezahlt. Man hofft, im Laufe der nächsten zwei Jahre den gesamten Wagenpark vollständig erneuern und alle Kriegsschäden dieses unter privater Wirtschaft wegen des drohenden Abwesens des Konzessionsvertrages schwer heruntergewirtschafteten Betriebes damit wieder gutgemacht zu haben. Es versteht sich von selbst, dass nach einer zweijährigen gründlichen Aufrechterhaltung der Substanz dieses Unternehmens der Stadtr. eine ganz bedeutende Rente von mehreren Millionen Goldmark im Jahre wird zuführen können. Lehnslich müssen natürlich die Verhältnisse auch bei anderen Unternehmungen liegen. In Berlin hat die Besserung dazu geführt, dass der Widerstand der sozial-

demokratischen Fraktion gegen die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft v. Erioh getrotzt war. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden unter allen Umständen dafür eintreten müssen, dass bis zur vollständigen Erneuerung dieser Unternehmungen die Überschüsse nicht an die Gemeindeabgeordneten, sondern in die Betriebe hineingestellt werden.

Während bei den sogenannten Werksunternehmen noch ein außerordentliches Durcheinander herrschte und die Tarife erst Schritt für Schritt sich wieder vom Friedensstand näherten, entwickelt sich das Tarifweisen der Straßenbahnen schneller zu einer grösseren Einheitlichkeit. Man kann im allgemeinen feststellen, dass die überwiegende Mehrzahl der wichtigen Großstädte, die nicht mit Staffeltarif wie im Rheinland zu rechnen haben, allmählich zum Einheitstarif von 15 Pfennig übergeht. Dieser Tarif bleibt scheinbar um 40 Prozent über den im Frieden üblichen 10-Pfennig-Tarif. Er kann aber trotzdem für die heutigen Verhältnisse als angemessen bezeichnet werden. Der im Frieden übliche 10-Pf. Tarif dürfte kaum wieder eingeführt werden können, da er bereits in den letzten Friedensjahren zweifellos wirtschaftlich nicht ausreichte. In Lübeck mit seinen kurzen Strecken im inneren Stadtverkehr muss er aber doch als erstrebenswertes Ziel der Betriebsbehörde gelten. Die Erfahrungen der Kriegsjahre beweisen, dass die Unternehmungen eben genug Reaktionen darstanden. Mit vollem Recht wenden sich u. E. der Verein Deutscher Straßenbahnen gegen die Fortsetzung heute bereits für Straßenbahnen den 10-Pf. Tarif wieder einzuführen. Er schreibt nach einer Schilderung der Justiz während des Krieges und nach dem Kriege:

„Die unausbleiblichen Folgen sind heute die, dass Spartenlagen und Betriebsmittel sich in stark vernachlässigtem Zustande befinden. Es ist unabdingt notwendig, das Verhältnis eines Jahrzehnts nachzuholen. Erst dann wird wieder ein wirklich rationeller und damit billiger Betrieb möglich sein. Zu diesen Arbeiten fehlt es aber bisher an Mitteln. Es ist ohne weiteres einleuchtend, dass bei den schwierigsten Verhältnissen der letzten Jahre irgendwelche Reisen nicht ausgenutzt werden konnten, im Gegenteil mussten Schulden auf Schulden gehäuft werden. Der Betrieb musste mit einem teilweise veralteten, stark heruntergewirtschafteten Verkehrswaggon nordfürig weitergeführt werden. Technische Neuerungen konnten aus Mangel an Geld nicht verwirklicht werden. Eine Befundung ist nur denkbare, wenn es gelingt, den Apparat wieder in Ordnung zu bringen.“

Bei den ungeheurelichen Bedingungen, die häufig Kredite erfordern, müssen deshalb die laufenden Einnahmen dieser Unternehmungen zurzeit so gestellt sein, dass sie in verhältnismässig kurzer Zeit — in ein bis zwei Jahren — die Verhältnisse wieder erstaussig aufbauen können. Nach den Erfahrungen, die jetzt überall gemacht werden, ist das allerdings mit dem Einheitstarif von 15 Pf., der an manchen Orten, wie z. B. in Berlin u. a. auch als Umsteigetarif gilt, durchaus möglich. Ein Preis von 20 Pf., den viele Straßenbahnen heute noch für verhältnismässig kleine Strecken von 1,5 bis 2 Km. nehmen, ist allerdings wirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen.

Alle Parteigenossen müssen heute zur Männer-Veranstaltung im „Gewerkschaftshaus“ erscheinen.

Beginn 7½ Uhr. Redner: Dr. Lebere.

Die Indexziffern.

2,5 prozentige Veränderung im März gegenüber dem Vormonat.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Verleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 31. März wie in der Vorwoche auf das 1,07-Billionenfache der Vorriegszeit. Auch für den Durchschnitt des März berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,07-Billionenfache. Gegenüber dem 1,04-Billionenfachen im Durchschnitt des Februar ergibt sich eine Steigerung von 2,9 Prozent. Die Ernährungskosten allein betragen durchschnittlich im März das 3,2-Billionenfache der Vorriegszeit. Am laufenden Monat wird die Preisfestsetzung regelmäßig wieder am Mittwoch jeder Woche vorgenommen und die Reichsindexziffer Sonnabend früh veröffentlicht.

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat sich von 120,8 am 25. März auf 122,0 am 1. April, oder um 1 Prozent erhöht. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit Lebensmittel von 106,2 auf 106,7 oder um 1,4 Prozent, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 85,2 auf 88,9 oder um 4,3 Prozent, Industriestoffe von 148,1 auf 148,9 oder um 0,5 Prozent (Kohle und Eisen unverändert 139,0), ferner Inlandswaren von 108,3 auf 109,6 oder um 1,2 Prozent, Einführungswaren von 183,4 auf 184,3 oder um 0,5 Prozent. Für den Durchschnitt des März ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 116,2 auf 120,7 oder um 3,9 Prozent. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit Lebensmittel von 100,8 auf 106,4 oder um 5,6 Prozent, Industriestoffe von 145,0 auf 147,0 oder um 1,7 Prozent, Inlandswaren von 104,1 auf 108,2 oder um 3,9 Prozent, Einführungswaren von 176 auf 182,3 oder um 3,1 Prozent.

Fortschritte der Volksbühnenbewegung.

Der „Verband der Deutschen Volksbühnenvereine“ beruft für den 20. und 22. Juni den fünften „Volksbühnenstag“ nach Hildesheim. Die Volksbühnenbewegung hat schwere Zeiten durchgemacht. Zunächst litt alles schwer unter der Inflationsperiode. Dann erschwerten Arbeitslosigkeit und soziale Kämpfe vielen Volksbühnenorganisationen ihr Dasein. Gleichwohl behauptete die Bewegung und machte sogar neue erhebliche Fortschritte. Nur zwei oder drei Vereine mussten ihre Tätigkeit vorübergehend einstellen. Eine ganze Anzahl aber vermochte ihre Mitgliederzahl wesentlich zu steigern und ihr Tätigkeitsgebiet

auszuweiten. So wuchs die Volksbühne in Berlin nach Eröffnung der von ihr erbaute neuen Oper am Königsplatz von 140 000 auf über 160 000 Mitglieder; die Freie Volksbühne Hannover brachte es auf nahezu 30 000 Mitglieder, und selbst in einer verhältnismässig kleinen Stadt wie Brilon wurden mehr als 12 600 Mitglieder. In über zwanzig Orten entstanden seit dem letzten Volksbühnenstag, d. h. seit dem Juni 1922, neue Volksbühnenvereine; in etwa ebenso vielen Orten wurden neue Gründungsanschlüsse gebildet. Tatsächlich überzog heute schon ein Netz von 120 Volksbühnenorganisationen das Land, die sich, gemäß den Grundsätzen des Verbandes der Deutschen Volksbühnenvereine, mit einem Erfolg bemühen, die Massen dem Theater zu gewinnen, zugleich aber auch den Spielplan des Theaters vom Kritis zu befreien und dem Theater eine ruhige künstlerische Arbeit zu ermöglichen.

Ein Schwindel. Im Januar v. J. annoncierte ein in Klein-Schönberg wohnhafter Arbeiter, dass er durch Krankheit von der geraden und Hilfsbereite um ein Darlehen von 100 000 M. zur Anfassung von zwei Herteln, Kartoffeln und Hühnern bitte. Als Entgeg. stellte der Annoncierte nach entsprechender Zeit ein fettes Schwein, Kartoffeln und Eier in Aussicht. Bald stellte es sich aber heraus, dass man es mit einem Schwindler zu tun hatte. Es war ihm tatsächlich gelungen, auf seine Annonce hin von einem Lübecker Herrn 100 000 Reichsmark unter dem angezeigten Versprechen zu erhalten. Er dachte aber nie daran, dieses zu erfüllen; er kaufte auch keine Hertel und Hühner.

An die Bevölkerung Lübecks!

Der brutale Machtwille der Werkfeinde will, dass Tausende von Frauen und Kindern weiter hungern. Fast 18 Stunden dauernde Bemühungen des Reichsarbeitsministers, den Kampf zu einem für beide Teile ertraglichen Ende zu bringen, scheiterten an dem Nichtwollen des Arbeitgeber.

Arbeiter, Angestellte, Beamte Lübecks! Helft den Werkfeindern. Kauft die Marken des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes, deren Ertrag den Werkfeindern zufüllt.

Nehmt hungrige Kinder mit an den Tisch.

Lasst die brutalen Absichten der Werkfeindlichen zuhause werden!

Hoch die Solidarität!

Der Vorstand des A.D.G.B.
Drege.

Billige Tage

in
Patchnärrchen Wellsich-Crudehcerden

Das Beste für jede Küche in Stadt und Land.

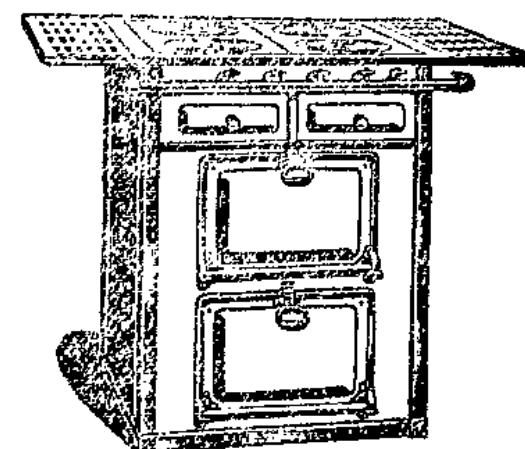
Soweit der Vorrat reicht:

Ein Post. aluminium-lack. Herde in 1a. Ausführung, fehlerfrei, mit u. ohne Wasserschiff

25% unter Preis.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Adolph Borgfeldt, Lübeck



158 Konkurrenzlos verbreitet!
Postkostenstr. 36-46.
Fernspr. 672 u. 673

Jeder Sefer des Volksboten

Kann in unserer Buchhandlung sowie bei den Zeitungsausdrägern die hochinteressante illustr. Monatschrift

Welt und Wissen

bestellen. Welt und Wissen bringt in jedem Heft 12-20 gemeinderständlich geschriebene Aufsätze aus allen Wissenschaften und erzeugt somit

eine große Hausbibliothek.

Wir nennen einige Themen: Die Geschwindigkeit der Gedanken. - Neue Erfindungen der drahtlosen Telegraphie. - Liebe und Ehe bei den Süßespaniern. - Der Mensch mit den 2 Sinnen. - Wer Wachen auf dem Mond. - Die Mutter des Menschen. - Durch die Wüste nach Bab-el. - Wie die Pflanzen atmen. - Das Junge der Erde. - Was die Handgriff verleiht. - Der Schönheitskunst der Tiere. - Die Fähigkeiten entdeckt werden. - Wie heißt es die Sonne? - Selbstlose Pflanzenformen. - Der Wolfshäger der Zukunft. - Tierundwohnz. Stunden richtig leben. - Das Weltaal im Löste der neuen Forschungen.

Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pf.

Kein Leser des Volksboten versäume zu bestellen!

Buchhandlung Volksboten L U B E C K Johannissstr. 46

Bestellschein für alle Leser des Volksboten

Ich bestelle hiermit Welt und Wissen, bis Abbestellung von mir erfolgt.

Name: _____

Wohnung: _____
(ausfüllen und an unsere Buchhandlung einsenden oder dem Ausdränger mitgeben.)



Notgemeinschaft

L.B.V.

Bestellungen zu Lübeck e. V.

Nach dem Beschluss von Vorstand und Kontrollausschuss ist

die Karrenzeit zum Bezug der Unterstüzung auf ein halbes Jahr herabgesetzt.

Eine Unterstüzung wird gewährt beim Sterbefall der Eheleute und eines Angehörigen in der Familie bis 18 Jahre. Für die Kinder wird ein besonderer Beitrag nicht erhoben.

Bei einem Sterbefall in der Familie kann der Vorstand als Unterstüzung die gesuchten Stoffen der Bekleidung und Beendigung einholbarlich der Bevollmächtigung eines Grabwärter. Nach Eintritt eines Todesfalls ist dies in der Geschäftsstelle der Gemeinnützigen Bestattungsgeellschaft zu melden, es werden dann alle Verträge im Interesse der Hinterbliebenen ausgeführt.

Der Vorstand der Notgemeinschaft für Bestattungen kann das Sach-Lager des Vereins bedeutend vergroßern. Aus den vorhandenen Beständen kann nach dem Belieben der Angehörigen eine Auswahl getroffen werden. Die Schuhe sind nach verschiedensten Ausführungen auf Grund der bisher geäußerten Wünsche angefertigt, so daß allen Anforderungen entsprochen werden kann.

Neuaufnahmen erfolgen in der Geschäftsstelle, Hundestraße 49/51, bei den Bezirksvorständen und Vertreternen Leuten. (1487)

Mitglieder, die durch Arbeitslosigkeit oder aus sonstigen Notfällen die Beiträge nicht zahlen können, wollen sich wegen Stundung und Regelung bei der Geschäftsstelle melden, damit ein Mahnverfahren vermieden wird.

29) Der Vorstand.

Marthollenn. 10 u. 11.

Pikan. Käse, Margarine, Schmalz, Speck sowie alle Fettwaren in bekannter Güte, 180

St. Wellingärtner,

Markthollenn. 10 u. 11.

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (144)
Arbeiter-Kandorchen,
Arbeitskleidung,
Herren-Konfektion,
Krahen-Konfektion.
Artikl. Manufakturwaren.

Bringen Sie Ihre
zu billigen Uhrmacher.
77) Hundestr. 32.

Reiner Kafac

1/4 Z. 25. 30 u. 35 Pf.
Vanillekaffee 1/4 Z. 24 Pf.
Schokoladepudder 1/4 Z. 24 Pf.
Wehr. Kaffee 1/4 Z. 55 Pf.
Gem. Kaffee 1/4 Z. 50 Pf.
Gew. Kaffee 1/4 Z. 38 Pf.
Gef. Kaffee 1/4 Z. 30 u. 65 Pf.

J. H. Pein

Markt 10/12
Breite Straße 64/68.

Das bekannte Kaufhaus für (144)

Arbeiter-Kandorchen,

Arbeitskleidung,

Herren-Konfektion,

Krahen-Konfektion.

Artikl. Manufakturwaren.

Bringen Sie Ihre
zu billigen Uhrmacher.
77) Hundestr. 32.

Eduard Speck

Hügstraße 80 84.

Reiner Kafac

1/4 Z. 25. 30 u. 35 Pf.
Vanillekaffee 1/4 Z. 24 Pf.
Schokoladepudder 1/4 Z. 24 Pf.
Wehr. Kaffee 1/4 Z. 55 Pf.
Gem. Kaffee 1/4 Z. 50 Pf.
Gew. Kaffee 1/4 Z. 38 Pf.
Gef. Kaffee 1/4 Z. 30 u. 65 Pf.

Eduard Speck

Hügstraße 80 84.

Reiner Kafac

1/4 Z. 25. 30 u. 35 Pf.
Vanillekaffee 1/4 Z. 24 Pf.
Schokoladepudder 1/4 Z. 24 Pf.
Wehr. Kaffee 1/4 Z. 55 Pf.
Gem. Kaffee 1/4 Z. 50 Pf.
Gew. Kaffee 1/4 Z. 38 Pf.
Gef. Kaffee 1/4 Z. 30 u. 65 Pf.

Eduard Speck

Hügstraße 80 84.

